

THUN SITZUNG DES STADTRATS

# Melli sorgte für erhitzte Gemüter

**Unerwartet hitzig verlief im Stadtrat die Diskussion um eine Überbauungsordnung für die Hofgruppe Melli in Goldiwil. Die Vorlage wurde dann aber doch mit 24 gegen 13 Stimmen angenommen.**

Während der Ausarbeitung der Überbauungsordnung (ÜO) für die Hofgruppe Melli in Goldiwil gab das Vorhaben kaum zu reden. Nach dem Wegzug der dortigen Holzverarbeitungsbetriebe kommunizierte die Stadt Thun im Dezember 2014 ihre Absicht, die Parzellen im Melli einer neuen Nutzung zuzufügen: Künftig sollen die Gebäude der Wohnnutzung dienen (wir berichteten). Die für den Ort besonders wertvollen Bauten sollen möglichst saniert oder durch Neubauten mit ähnlichem Charakter ersetzt werden. Im Sinne der Siedlungsentwicklung nach innen ist auch ein zusätzlicher Neubau vorgesehen. Bei der öffentlichen Mitwirkung im Januar 2015 gab es lediglich eine anonyme Eingabe, ansonsten gingen keine Beanstandungen ein. Während der Auflage der ÜO im letzten Herbst wurden eine Rechtsverwahrung und eine Einsprache eingereicht. Diese konnte auch nach einer Einspracheverhandlung nicht bereinigt werden, wie der Gemeinderat in seiner Botschaft schreibt. Zudem erschienen in den letzten Tagen in dieser Zeitung zwei Leserbriefe, welche unter anderem die Erschliessung oder die Dachgestaltung des Neubaus kritisierten.

## «Mehrverkehr verträglich»

Die spät erwartete Opposition gab gestern auch im Stadtrat zu reden. «Wir müssen hier aber die Balance zwischen öffentlichen und privaten Interessen wahren», gab Gemeinderätin Marianne Dumermuth (SP) zu Bedenken. Der kritisierte Mehrverkehr sei mit 12 bis 20 Fahrten pro Tag «verträglich». Die vorliegende ÜO werde der Entwicklung des Melli mit seinem schätzenswerten Hofcharakter gerecht.

Auch in der vorberatenden Sachkommission (Sako) waren die Meinungen geteilt, das Geschäft wurde dort mit 4 zu 3 Stimmen abgelehnt. So hätten sich sechs Familien aus der Nachbarschaft mit einem Briefan die Sako gewandt und darin vor allem die Zufahrt über den schmalen Flühliweg und die Ermöglichung von



**Die Hofgruppe Melli, wo früher die Goldiwiler zur Schule gingen:** Die Gebäude sollen weitgehend erhalten bleiben, aber teilweise umgenutzt und mit einem Neubau ergänzt werden können.

Patric Spahnli

Flachdächern kritisiert, teilte Sako-Sprecher Peter Aegerter (BDP) mit. Zudem werde der geplante Neubau als zu gross empfunden.

## «Flachdächer bereits erlaubt»

Für Andrea de Meuron (Grüne) war dieser Kritikpunkt nicht «ganz nachvollziehbar». So werde die maximale Nutzung nicht ausgeschöpft. Zudem sei es sinnvoller, zuerst ein konkretes Projekt abzuwarten und dann allenfalls eine Einsprache zu machen. Ähnlich argumentierte auch Adrian Christen (SP). Zudem seien gemäss geltendem Baugesetz schon heute Flachdächer in Goldiwil möglich. Die Fraktion der Mitte wie auch die BDP orteten bei den Gegnern «Partikularinteressen» und sprachen sich ebenfalls für die ÜO aus.

## «Wollen kein Klein-Davos»

In den falschen Hals geriet die Vorlage der SVP/FDP-Fraktion. «Wir wollen nicht zu einem Klein-Davos werden», wetterte der in Goldiwil wohnhafte Hanspeter Aellig (FDP). Der geplante

Neubau füge sich nicht in die historische Hofgruppe ein. Zudem befänden sich die geplanten Wohnungen in der Nähe des Schiessstandes. «Wir wollen hier oben auch künftig noch schiessen können», sagte Aellig. Eine Entwicklung des Gebiets Melli solle

möglich sein, «aber mit gesunden Augenmass».

Der Widerstand der SVP-FDP-Fraktion nützte allerdings nichts: In der Schlussabstimmung wurde die ÜO Goldiwil-Melli mit 24 zu 13 Stimmen angenommen. Nach dem Ja des

Stadtrats kann die ÜO nun im Frühling dem Kanton zur Genehmigung vorgelegt werden. Bevor im Gebiet Melli gebaut werden kann, braucht es dann auch noch ein Baubewilligungsverfahren.

Roland Drenkelforth

## Kredit für den Empa-Ausbau war im Stadtrat unbestritten

**Der Stadtrat steht geschlossen hinter der Empa: Der Kredit von insgesamt 1,7 Millionen Franken für die Standort-sicherung und den Ausbau war unbestritten. Aber es gab auch kritische Voten zur Rolle des Bundes.**

Der Kanton Bern und die Stadt Thun wollen mit einer Finanzspritze die Eidgenössische Materialprüfungsanstalt (Empa) an den Standort Thun binden. Der Kanton will 10 Millionen, die Stadt Thun 1,7 Millionen Franken dafür lockermachen. Die 11,7 Millionen sollen in die Stärkung der Empa-Forschung im Bereich additive Fertigung in Thun fliessen, wie Kanton Bern, Stadt Thun und Empa am 20. Januar bekannt gaben (wir berichteten). Für dieses Projekt, zu dem auch die Weiterentwicklung der 3-D-Drucktechnik gehört, will die Empa auch 3,8 Millionen Franken Eigenmittel einsetzen. Es gehe darum, am Empa-Standort Thun die nötige kritische Masse von Wissenschaftlern zur Verfügung zu haben, sagte Empa-Direktor Gianluca Bona anlässlich der Medienorientierung. Die Empa beschäftigt heute in Thun rund siebzig Angestellte.

**Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP)** bekräftigte gestern im Stadtrat nochmals die Bedeutung des Geschäfts. «Die Empa hat einen hohen Stellenwert für Thun.» Als die ETH vor rund einem Jahr eine allfällige Schliessung des Standorts Thun nicht ausschloss, habe man sich zusammen mit der kantonalen Wirt-

schaftsförderung umgehend für einen Erhalt eingesetzt. Mit der vorliegenden Lösung, die im März auch noch vom Grossen Rat abgesegnet werden muss, sei nun sogar ein Ausbau möglich.

## Kritik am Bund

Das Geschäft fiel auch im Stadtrat auf fruchtbaren Boden. Es gehe zwar um viel Geld, aber die Stadt bekomme dieses um ein Mehrfaches zurück, meinte Daniela Huber (BDP). Man müsse diese einmalige Chance nutzen, sagte Daniela Weber (SVP). Durch die Anziehungskraft der Empa, entstehe ein ideales Biotop für neue Firmen, betonte Thomas Hiltbold (Grüne). Martin Allemann (SP) kritisierte wie auch zuvor andere Redner die Rolle des Bundes, dem die Empa gehört: «Wir sind unglücklich darüber, dass nun Kanton und Stadt mitzahlen müssen.»

Lukas Rohr (CVP), früherer Chef der Empa in Thun, betonte, dass auch andere Kantone Forschungsinstitute mit Steuergeldern unterstützen würden. Zudem ermögliche das 2015 verabschiedete Innovationsgesetz des Kantons Bern solche Projekte. «Das ist wesentlich für den wirtschaftlichen Fortschritt des Kantons Bern», sagte Rohr.

## «Betrag gerechtfertigt»

Auch **Raphael Lanz** relativierte die «ordnungspolitischen Bedenken» diverser Stadtratsmitglieder. Bisher sei die Empa in Thun nicht von Stadt und Kanton unterstützt worden. «Angesichts des volkswirtschaftlichen Nutzens ist dieser Beitrag gerechtfertigt», so **Lanz**.

Die Meinungen waren schon zuvor gemacht. Der Gesamtbeitrag von 1,7 Millionen Franken wurde einstimmig genehmigt. *rdh*



**Die Empa ist heute im General-Herzog-Haus untergebracht.** Bis 2020 soll ein Um- und Ausbau der Räumlichkeiten erfolgen.

Patric Spahnli

## Klares Nein zum Brünig-tunnel

**VERKEHR** Das Thema Brünig-tunnel dürfte für die nächsten Jahre vom Tisch sein: Die Kosten liessen sich nicht rechtfertigen, teilt das Astra mit. Stattdessen wolle man die Kreuzung Gnoll, die Passhöhe und den Chälritirank für rund 20 Millionen Franken sanieren.

Bund und Kanton sprechen sich gegen einen Brünigtunnel aus, dies geht aus einer Mitteilung des Bundesamtes für Strassen (Asstra) hervor. Man habe mehrere «Varianten für die Netzfertigung» am Brünig untersucht, teilt das Amt mit. «Geprüft und bewertet wurden unterschiedliche Tunnel- und Ausbauvarianten.» Die Zweckmässigkeitsuntersuchung habe sich mit Basis- und Scheiteltunnel sowie Ausbauvarianten befasst. «Im Hinblick auf das vergleichsweise niedrige Verkehrsaufkommen und die bestehende Strassenanlage zahlen sich

**«Die Kosten sind hoch und lassen sich infolge moderaten Verkehrsaufkommens ökonomisch nicht begründen.»**

Aus der Mitteilung des Asstra

Tunnelbauten vorderhand nicht aus», schreibt das Asstra.

Das Astra schätzt die Kosten eines Tunnels – ja nach Variante von 5,8 oder 3,8 Kilometer Länge – auf 520 respektive 400 Millionen Franken. Dies bei einer Kostengenauigkeit von plus/minus 30 Prozent. «Die Kosten sind hoch und lassen sich infolge moderaten Verkehrsaufkommens ökonomisch nicht begründen.»

## Unfallstellen sanieren

Handlungsbedarf hat das Astra aber erkannt: «Da nicht alle Abschnitte den aktuellsten Normen entsprechen, wurde bei der Untersuchung besonderer Wert auf die Unfallstellen gelegt». Insgesamt sei die Unfallzahl nicht auffällig, aber die Auswertung der Verkehrsunfälle habe einige lokale Schwachstellen mit meist heterogenen Unfallursachen ergeben.

Entsprechend wolle man «lokale Unfallstellen» sanieren. «Diese sind die Kreuzung Gnoll, der Bereich der Brünigpasshöhe auf bernischem Boden und der Chälritirank auf der Obwaldner Seite.» Das Astra zeigt sich überzeugt, dass mit baulichen und betrieblichen Massnahmen die Unfallgefahr an diesen Stellen beseitigt werden könne. «Die Kosten dieser drei Massnahmen belaufen sich insgesamt auf rund 20 Millionen Franken», schreibt das Astra. Die Sanierung der lokalen Stellen sei fahrradverträglich zu gestalten.

## Möglichkeiten offen halten

Die kantonale Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) schliesst sich dem Astra in einer Mitteilung an: Ein moderater Ausbau sei sinnvoll. «Mit diesen Massnahmen lässt sich die Verkehrssicherheit und die Verfügbarkeit der Strasse erhöhen», schreibt die BVE, betont allerdings, dass «eine spätere Realisierung des Tunnels weiterhin möglich sein müsse». Im Moment lasse sich der Bau eines Basistunnels aber nicht rechtfertigen.

sgg